

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Anstellten

Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin W. 12, Winterfeldtstr. 24
Fernsprecher: Amt VI, Nr. 6488
Redakteur: Emil Dittmer

Motto:
Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein

Ertheilt wöchentlich Freitags
Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Beförderung)
2 Mk. — Postzeitungsliste Nr. 3163

Essen.

Der diesjährige Parteitag der deutschen Sozialdemokratie ist vom 15. bis 21. September in Essen abgehalten worden. Wenn irgendwo, so tritt gerade an diesem Ort oder richtiger in diesem Bezirk die gewaltige Ausdehnung des modernen Industrialismus in Erscheinung. Und damit der konzentrierte Kapitalismus auf der einen, die proletarische Massenfront auf der anderen Seite. Hier war es bis vor wenigen Jahren den Industriegewaltigen — besonders der Firma Krupp — gelungen, die Gewerkschaftsbewegung zurückzuhalten, dadurch, daß man die unauflöslichen Arbeiterschaften aus dem fernsten Osten heranzog, daß man eine neue Art patriarchalischen Systems schuf mit sogenannten Wohlfahrtseinrichtungen und dergleichen. Aber die Auflösung ist im Anzuge. Jünger mehr drängt sich den Zehntausenden ausgebütteten Arbeitern die Tatkraft auf, daß sie trotz allen Schindens und Räkern zu seinem Ziel kommen, daß sie wie Arbeitstiere angespannt werden und daß die färgliche Pension nach 15- und mehrjähriger Tätigkeit von relativ wenigen erreicht wird, weil die harte Arbeit am Feuer oder in der Grube den menschlichen Körper frühzeitig vernichtet. Inzwischen ist das Zentrum dem Kapitalismus zu Hilfe gekommen, indem es durch Gründung „christlicher“ Gewerkschaften die Arbeiterzerplitterung betrieb und dadurch die Selbstbefreiung der Arbeiter nicht unwe sentlich verzögerte.

Auch die sprachliche Verschiedenheit und die außerordentliche Zu- und Abwanderung (Fluchtung) hat es mit sich gebracht, daß die modernen Organisationen nur schwer festen Fuß fassen könnten im ganzen rheinland-westfälischen Industriebezirk. Und doch drängt sich gerade hier für jeden tiefer forschenenden Menschen die Tatkraft auf, daß die allgemeine Konzentrationstendenz der Riesenunternehmungen nur ihr Ende finden kann in der direkten Verantwortung der Produktionsmittel. Sie können nicht für alle Seiten Eigentum bleiben einer kleinen rücksichtslosen Scharfmachergruppe, die nicht nur dem Arbeiter das Koalitionsrecht und die politische Freiheit nehmen, sondern die auch ihren unheilvollen gewaltigen Einfluß auf Staat und Gesetzgebung missbrauchen, um ihrer eigenen materiellen Vorteile willen. Wenn irgendwo, zeigt sich an dieser Stelle die völlige Ohnmacht des einzelnen Arbeiters, der nichts ist als eine Zahl, als ein notwendiges Mittel, dem Produktionsprozeß zu dienen und der jederzeit beliebig ausgeschaltet werden kann.

Mit dem Erstarken der Organisation wächst aber die Möglichkeit für jeden einzelnen, sein Teil beizutragen an der Umgestaltung und Verbesserung des bisherigen Zustandes und so das Industriehaus für die Arbeiterklasse bewohnbar zu machen, in das sie bereit einziehen will, wie sehr richtig auf dem Parteitag gefragt worden ist. Den durch Organisation vereinten Kräften der deutschen Arbeiter aber wird es natürlich gelingen, diesen Entwicklungsprozeß zu beobachten. Darum muß unter aller Vorfahrt eine reale Organisationsfähigkeit zu entstehen im Sinne der modernen Arbeiterbewegung. Alle Sonderbestrebungen politischer oder gewerkschaftlicher Natur aber sind zurückzuweisen unter Hinweis auf das Schädigende dieser Arbeiterzerplitterung.

In diesem Sinne setzte auch der Essener Parteitag ein. Im Geschäftsbericht des Vorstandes gab Genosse Ebert die Verhandlungen mit den lokal organisierten Gewerkschaften bekannt und unterbreitete dem Parteitag die folgende Resolution:

Der Parteitag beauftragt den Parteivorstand, die mit den sozialistischen Gewerkschaften auf Grund des Beschlusses des Mannheimer Parteitages eingeleiteten Verhandlungen fortzuführen und dem nächsten Parteitag über deren Verlauf zu berichten.

Der Parteitag verurteilt die von vielen Mitgliedern der sozialistischen Gewerkschaften im Gegensatz zum Parteiprogramm betriebene Agitationsweise. In Übereinstimmung mit den Beschlüssen früherer Parteitage und des Beschlusses des Internationalen Kongresses in Stuttgart, das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften betreffend, hält der Parteitag für den gewerkschaftlichen Kampf eine einheitliche Organisation für notwendig und erblickt in den Zentralverbänden die gegebene Form der gewerkschaftlichen Organisation.

Der Parteitag fordert daher die den sozialistischen Gewerkschaften angehörenden Parteigenossen auf, sich den der Generalausschusss angegliederten Zentralverbänden anzufüllen.

Parteivorstand und Kontrollausschuss.

In der Diskussion wurde seitens der Dresdener Genossen eine schärfere Resolution vorgelegt, die einen unmittelbaren Entschluß herbeiführen wollte. Auch der 2. Vorsitzende des Metallarbeiterverbandes, Reichel, brachte viel Material gegen die „Einigkeit“ bei. Nachdem aber Wöhlberg in längeren Ausführungen gleichfalls für die obige Resolution gesprochen, war die Annahme entschieden, die mit allen gegen 1 bis 6 Stimmen erfolgte. Mögen die Lokalisten nun endlich diese lezte Mahnung beherzigen und uns keine weiteren Schwierigkeiten bereiten, sonst spricht sicher der nächste Parteitag das entscheidende Wort.

Das in der „Leipziger Volkszeitung“ und dem „Vorwärts“ so viel beschworene Preßbüreau wurde nach einem temperamentvollen Referat des Genossen Müller einer Kommission überwiesen und nachdem nur ein Diskussionsredner dazu gesprochen, mit großer Mehrheit nach den Vorschlägen der Kommission angenommen. Das wird namentlich für die Provinzpreise von großem Segen sein. Aber auch die Gewerkschaften haben dadurch eine bis dato fehlende Zentralinstanz, an die von allen Orten aus telegraphisch oder telephonisch berichtet werden kann bei ausgebrochenen Konflikten oder auch bei der nicht gerade seltenen falschen Darstellung seitens bürgerlicher Blätter. Webhauer wurde die Debatte im Anschluß an den Vortrag über die parlamentarische Tätigkeit, den Genossen Dr. Südekum gab. Trotz verlängerter Redeweit gelang es dem ersten T. Missionsredner Rosenthal nicht so recht, seine Ausführungen im Reichstage beim Militäretat dem Parteitag plausibel zu machen. Das idowerte Gehör, die Autorität Webels, der sich ähnlich zur Militärfrage geäußert, will nun mal in diesem Punkt nicht verlangen, denn „Webel ist doch kein Papst“, wie einmal an an-

derer Stelle mit Recht gejagt wurde, und in der Tat scheint uns der Standpunkt z. B. „Kautz's“, auf den unsere bürgerlich-liberalen Politiker ja sonst nicht gleich zu sprechen sind, wesentlich radikaler und vom sozialistischen Standpunkt konsequenter in dieser Frage als derjenige Bebels.

Aber auch bezüglich der Arbeiterschutzgesetze wurden zu diesem Punkt interessante Ausführungen gemacht. Besonders bemerkenswert sind z. B. die Darlegungen Molkenbuhrs, der u. a. daran erinnerte, daß unsere bisherige Arbeiterschutzgesetzgebung nicht mit der wirtschaftlichen Entwicklung entsprechend fortgeschritten ist. Dabei verwies er auf die Unzulänglichkeit des Zentrums in Arbeiterfragen und auf die Notwendigkeit besonderer Arbeiterschutzes für die Monopolbetriebe. Diese Ausführungen treffen auch für zahlreiche städtische Industrien zu, weshalb hier einiges wiedergegeben sein mag. Molkenbuhr jagte:

„Wir haben etwa 600 000 Bergarbeiter, 300 000 Hütten- und Walzwerker, dann kommen die Arbeiter der Gaswerke, zusammen also weit über eine Million Arbeiter, die in Monopolbetrieben beschäftigt sind. Da ist es absolut notwendig, einmal die Leute zusammenzufassen, die in Monopolbetrieben arbeiten, und für sie mit einheitlichen Arbeiterschutzgesetzen vorzugehen. Es kommen hier kontinuierliche Betriebe in Frage, wo die Regelung des Schichtsystems, ob zwei- oder Dreischicht ist, vielleicht später auch das Vierschichtsystem, von Wichtigkeit ist. Bei diesen Betrieben ja fallen die Konkurrenzbedingungen, die sonst immer angeführt werden, fort. Ich habe schon bei verschiedenen Kollegen angefragt, mit einem Sondergesetz vorzugehen, unter das also nicht nur die Bergarbeiter, sondern alle Leute in Monopolbetrieben fallen. Das wird um so notwendiger sein, weil diese Gebilde ja eine gewisse Macht gegenüber den Arbeitersorganisationen geworden sind. Viele Voraussetzungen, die sonst bei den gewerkschaftlichen Organisationen in Frage kommen, fallen bei den Sintikaten fort. Der Kleinmeister muß beim Streik den Verlust seiner Kundshaft fürchten, das Hobelschmiedat und der Stahlwerksverband dagegen können ihre Kundshaft nicht verlieren, sie werden durch Streiks niemals in Verlegenheit gebracht, weil in ihren Verträgen überall die Streitklausel enthalten ist, und meist ist ja auch der Streit für sie die Ursache mit, daß sie ihre Preise erhöhen können.“

Wir behalten uns vor, auf diese sehr treffenden Gedanken ein andermal weiter einzugehen und sie durch anderweitiges Material aus unserem Berufe zu ergänzen.

Richt ganz auf der Höhe erscheint uns die Diskussion über den internationalen Arbeiterkongress. Nach dem taktvoll zurückhaltenden Referat Singer's begann eine unseres Erachtens viel zu breitgepöppnene Debatte, die Bebel nicht ganz mit Unrecht als einen „Streit um Kaisers Part“ bezeichnete und von der Singer im Schlusswort treffend sagte, er möge sich nicht in die Erörterungen der Diskussion vertiefen. Die vorliegende Resolution wurde einstimmig angenommen. Hoffentlich hat nun die „sozialistische Kolonial-“ oder „Kultur-“ oder „Ausbreitungspolitik“ die wohlverdiente Ruhe bis zu ihrer Einführung, was leider noch ein Weilchen dauern wird.

Die Maifeier brachte nach kurzen Referaten Richard Fischer's, aber desto wichtigerem Schluswort und einer kurzen Diskussion die Annahme folgender Resolution:

„Unter Aufrechterhaltung des Mannheimer Beschlusses zur Maifeier beschließt der Parteitag, dem Parteivorstand die Ermächtigung zu erteilen, die Verhandlungen mit der Generalversammlung auf den Vorschlägen der Stuttgarter Delegation weiterzuführen.“

Damit dürfte allen Teilen die Wege zur Verständigung geebnet sein.

Das nun folgende Referat Bebels über „die letzten Reichstagswahlen und die politische Lage“ bildete ohne Zweifel den Höhepunkt des Essener Parteitages. In bekannter, zielklarer, scharfer und so eindrucksvoller mehrstündiger Rede gab Bebel ein Bild der gesamten politischen Situation, das in den Aufschlag: „Unser die Zukunft trotz alledem!“ jeder Kollege sollte bei Herausgabe dieser Rede den Inhalt studieren!

Alle zu diesem Punkt gestellten Anträge bezüglich Stichwahltaftik usw. wurden abgelehnt.

Über die Alkoholfrage referierte alsdann Genosse Wurm. Doch darüber wollen wir in einem besonderen Kapitel berichten.

Eine neue Lohnordnung in den städtischen Gasanstalten zu Leipzig.

Im Mai d. J. wurde durch den Arbeiterausschuß der Gasanstalt I dem Rate ein Verlangen auf Gewährung einer Leuerungslage bekannt, das außerdem mit circa 200 Unterschriften bestiegt war. Da seit dieser Zeit nun die Eingabe im Schoße des Rates ruhte, waren die Arbeiter gerade im Begriff, bei ihrer wohlköblichen Behörde anzutragen, welches Schicksal denn ihre Eingabe erheit habe, ob sie etwa im Papierkorb das Zeitliche gesegnet oder durch die Strapazen des Instanzenweges einem anderen unmäßlichen Ende erlegen sei, als plötzlich am 5. September d. J. die Gasarbeiter und Paternenväter mit einer neuen Lohnordnung beglückt wurden. „Spät kommt du, doch du kommst!“, kann man auch von ihr sagen. Schade nur, daß sie nicht geeignet ist, die wohlberechtigten Wünsche der Arbeiter zu befriedigen, gleichzeitig denn die bestehende Unzufriedenheit zurückzubauen. Denn die Schar der Auserwählten ist so klein, die Wohlstat der Zulage so gering bemessen, daß es keiner gefüllt, oder um mit Herrn Stadtrat Wunder zu reden, keiner „hebenden Weise“ bedarf, um die Arbeiter zur Unzufriedenheit anzuregen.

Dieses besorgt die sorgfältig abgestufte, nach Arbeitersätzen klassifizierte Lohnordnung schon von selbst. An einem übrigen dürfte es auch die sogenannte Erläuterung zu der neuen Lohnordnung nicht fehlen lassen, da sie nur an dem einen Fehler leidet, daß sie in einem bureaucratistischen Deutsch gehalten ist, so daß es den Arbeitern bei ihrem Bildungsgrad geradezu zur Unmöglichkeit wird, die Wirkung der Lohnregelung in übersichtlicher Weise zu erkennen. Wohl gibt die Stufeneinteilung die Lohnhöhe nach dem Dienstalter zu erkennen, das aber, was die Erläuterung dazu hervorruft will oder soll, bleibt vorläufig unklar, wenn man nicht der Ansicht zu neigen will, daß dem erwähnten Teil der Arbeiter die eigentlich zustehende Lohnhöhe ihrem Dienstalter gemäß nach der alten Lohnordnung vorerhalten wäre. Wir müssen es daher dem lieben Leser überlassen, aus diesem neusten Produkte das Urteil sich selbst zu bilden. Hier die

neue Lohnordnung der städtischen Gasanstalten.
An die Stelle der bisherigen Lohnordnung vom 15. Dezember 1903 tritt die folgende neue Lohnordnung für die Arbeiter der städtischen Gasanstalten, einschließlich der beiden Abteilungen für das Rohrnetz und des Beleuchtungswesens:

Klasse I	Vorherige Lohnsätze			Neu Rat d. J.
	Im 1. Jahre Mr.	Im 2. J. Mr.	Im 3. J. Mr.	
Arbeiter vor dem Ofen, Efen. u. andere Maurer, Zimmerleute, geübte Rohrleger, geübte Gas- schlosser, Saisonarbeiter Die Poliere vor dem Ofen erhalten je 20 Pf. mehr	4,80	5,—	5,20	5,50
Arbeiter vor dem Ofen, Efen. u. andere Maurer, Zimmerleute, geübte Rohrleger, geübte Gas- schlosser, Saisonarbeiter Die Poliere vor dem Ofen erhalten je 20 Pf. mehr	4,80	4,80	5,—	5,20
Klasse II				
Hilfsschmiede, Schlosser, Rohrleger, Gaschlosser, Schmiede und, andere gelernte Handarbeiter, ge- übte Ammonialarbeiter, geübte Vorarbeiter. Die Heizer erhalten außer- dem bei guter Leistung für jedes volle Arbeits- jahr eine Belohnung von 90 Mr.	4,20	4,40	4,60	4,80
Klasse III				
Hof-, Platz- und andere Arbeiter, Hilfsschmiede, Hilfsschlosser, Hilfssrohr- leger, Wassertopfau- spanner, Paternenväter und Blühdarbeiter .	8,70	4,—	4,90	4,40
Klasse IV				
a) Paternenväter, wochentags	2,40	2,60	2,80	3,—
b) Paternenväter, Sonnt. u. Feiertags	2,60	2,80	3,—	3,20

Zur neuen Lohnordnung vom 5. September 1907.
Alle Arbeiter in den beiden Gasanstalten, die jetzt noch nicht auf der ihrem tatsächlichen Arbeitsalter entsprechenden Lohnstufe stehen, erhalten von heute ab eine Lohnaufbesserung von 10 Pf. für den

Arbeitstag und rückten am 21. Dezember 1907 auf die ihrer jetzigen Lohnstufe nächsthöhere Stufe. Es ist in Aussicht genommen, daß alle Arbeiter, die durch dieses Aufrufen noch nicht die ihrem tatsächlichen Arbeitswert entsprechende Lohnstufe erreicht haben, zu Ende des Jahres 1908 auf diese Stufe rücken. Im übrigen bleiben die bisherigen Bestimmungen des Lohnes bestehen. G. d. A. Nr. 5297.

Wie an anderer Stelle ersichtlich, haben die Gasarbeiter schon dazu Stellung genommen in einer Versammlung und ihren Unwilen über die einseitige Handhabung damit dokumentiert.

Als charakteristisch verdient noch betont zu werden, daß man sich seit Mai bis heute noch nicht zu dem Anstandsatz hat aufzuhören können, den Arbeiterausschuß auf seine Eingabe einer Antwort zu würdigen. Wenn die Arbeiter sich in ähnlicher Weise verbündeten, könnten der Errichtung über deren Unmöglichkeit keine Widerstände bestimmt werden. Freilich trägt ein Teil der Arbeiterschaft einen Teil der Mitschuld, indem er durch sein Verhalten der Organisation gegenüber der Verwaltung unfreiwillige Helfersdienste leistet in der Missachtung der berechtigten Forderungen der Arbeiter, nicht nur aus dem Gebiet der Lohnforderung, wie auch in der wohlberechtigten Forderung auf Einführung des Achtstundentages. Man würde es sonst nicht wagen können, vier Monate, weit weiz, vielleicht noch länger, mit einer Antwort auf sich warten zu lassen. Es muß daher von neuem die Frage des Achtstundentages, der in vielen Großstädten, nicht vor und um Leipzig herum, längst seinen Eingang gehalten hat, ventiliert werden. Wie lange wird man sich dieser berechtigten Forderung noch verschließen wollen? Sollte es denn in Klein-Paris nicht möglich sein, zum Schutze der Gewinntheit der Arbeiter diese Einrichtung zu treffen, wo anderwärts so gute Erfahrungen damit bereits gesammelt sind. Wohlan denn, Ihr Gasarbeiter! An Euch liegt es, wieviel Ihr Eures Glückes Schmied zu bleiben gesonnen seid. Verdacht Euch durch und in der Organisation die Mittel und Wege, die diesem erstrebenwertem Ziele förderlich erscheinen. Nicht gesäumt, heran zu die Kulturarbeit, wenn auch der Boden hier und da noch steinig scheint. Frisch gewagt, ist halb gewonnen!

H. Sch.

Ratschluß ist. In letzter Stunde erfahren wir, daß unter dem 17. d. J. dem Arbeiterausschuß geantwortet ist, d. h. das Bürkular trägt das Datum des 17., während am 19. es dem Ausschuß überreicht wurde. In dünnen Worten wird die Ablehnung der Abgabe von billigem Röß an die Arbeiter zum Ausdruck gebracht, während die Eingabe um Teuerungszulage durch die neue Lohnordnung als erledigt angegeben wird. Für die jüngeren Arbeiter, die nichts erhalten, wahrlich ein hoffnungsvoller Trost.

Lohnbewegung im Wuppertal.

In der letzten Nummer teilten wir den Ausgang der Wuppertaler Lohnbewegung kurz mit. Die Stadtverordnetenversammlung vom 10. September d. J. beschäftigte sich mit der Angelegenheit. Die "Wuppertaler Zeitung" berichtet darüber: Die Wasser- und Lichtkommission und die Verwaltung haben sich in den letzten drei Jahren wiederholt und eingehend mit den Lohnfragen und Arbeitsverhältnissen der Arbeiter der städtischen Werke beschäftigt. Seit dem 1. April 1906 sind den Arbeitern nicht nur Lohnauflösungen, sondern auch sonstige besondere Zuwendungen (Erholungsrundfahrt unter Fortzahlung des Lohnes, Krankenunterstützung, Abgeholde, Unterstützungen an Arbeiterwitwen, Bezahlung von 1/10 Schichtlohn für die 12stündige Schicht der der Gasfabrik, 25 Prog. Lohnausfall für Überstunden bei der Gasfabrik, Verkürzung der Arbeitszeit im Ofenhaus durch Einführung der ständigen Schicht) bewilligt worden. Trotzdem hat eine weitere Agitation besonders bei den Gasarbeitern stattgefunden, und sie sind mit weiteren Forderungen hervorgezogen, die die Wasser- und Lichtkommission nach eingehender Prüfung einstimmig für unerfüllbar erklärte. Da fortgesetzt in öffentlichen Versammlungen und auch in der Presse behauptet worden ist, daß die Stadt Elberfeld viel besser für ihre Arbeiter sorge und von größerem Wohlwollen für dieselben besetzt sei als Wuppertal, sohe sich die bischige Verwaltung Anfang dieses Jahres mit der Elberfelder Verwaltung in Verbindung, worauf eine gemeinschaftliche Kommission zur Beratung der Lohnfrage usw. eingesetzt wurde, um es wurde vereinbart, die Lohnverhältnisse in beiden Städten stets in Übereinstimmung zu halten. Auch wurden bezüglich des Lohntariffs noch einzelne Ausfassungen mit Wirkung vom 1. Juli d. J. ab beschlossen. Der Referent weist dann ziffernmäßig nach, daß die in der Öffentlichkeit wiederholt aufgestellte Behauptung, das Wuppertaler Gaswerk zahle geringere Löhne als das Elberfelder Gaswerk, unrichtig ist. Es ergibt sich, daß für die Verarbeitung von 1000 Kilogramm Kohlen in Elberfeld pro Mann 2,33 Mf. in Wuppertal 2,52 Mf. gezahlt werden. Die seit 1. April 1906 gewährten Lohnauflösungen verursachten für 1907 eine Mehrausgabe von 26.000,00 Mf. gegen das Jahr 1905, die besonderen Zuwendungen außerdem eine Mehrausgabe von 27.543,00 Mf. Trotz dieser Mehraus-

wendungen hat die Agitation sich in beiden Städten in heftiger Weise zugespielt, wobei seitens der Arbeiter vornehmlich mit den Kindertlohnziffern operiert wurde, die in Wirklichkeit nur bei ganz wenigen Arbeitern gezahlt werden. Alle diese erheblichen Zuwendungen an die Arbeiter sind von ihnen als eine "Verhöhnung der Arbeiterschaft" bezeichnet worden. Ferner wurde behauptet, der Arbeiterausschuß sei zweimal bei dem Bürgermeister vorstellig geworden, aber nicht gehört worden. Tatsächlich ist nur eine Einigung an den Oberbürgermeister unter dem 10. Juli erfolgt, und die nachgeführte Besprechung mit dem Arbeiterausschuß fand am 26. August statt, wo die Zusammenstellung über die Lohn erhöhung vorgelegt und die Einwendungen widerlegt wurden. Die Agitation seitens der Arbeiter wurde aber mit den früheren Unrichtigkeiten fortgesetzt, und unter dem 20. August sind sie erneut um Verbesserung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse eingetreten. Die Wasser- und Lichtkommission hat nun nach eingehender Beratung in Einvernehmen mit Elberfeld beschlossen, eine weitere Lohn erhöhung vom 1. Oktober d. J. ab einzutreten zu lassen; es sollen die Endlöhne um 20 Pf. erhöht und sämtliche Arbeiter eine Zulage von 10 Pf. für die Schicht erhalten. Außer durch diese Lohnauflösungen erhöht sich das Einkommen der Arbeiter noch durch eine Reihe Vergütungen für besondere Leistungen, wie Feiertagsarbeit, Überstunden usw. Damit nun auch diesejenigen Kreise unserer städtischen Arbeiter, die sich an der Agitation nicht beteiligt haben, bei der Lohnauflösung nicht vergessen werden, hat die Finanzkommission sich damit einverstanden erklärt, daß eine weitere Vorlage betreffend die Lohnauflösung sämtlicher städtischen Arbeiter baldigst dem Kollegium zur Beschlussfassung unterbreitet werde, damit auch für diese vom 1. Oktober ab Lohnauflösungen und besondere Zuwendungen in Kraft treten. — In der Debatte stellte Herr Dr. Pathe fest, daß die Wasser- und Lichtkommission schon früher mit großem Wohlwollen auf die Forderungen der Arbeiter eingegangen war. Wenn den Arbeitern die Löhne denn noch nicht genügt, dann hätten sie doch zur Privatindustrie geben können, die ja einen beträchtlichen Arbeitermangel gebracht hat, wie er noch nie war. Redner wandte sich dann gegen die Auslassungen des Elberfelder Stadtverordneten Ziegler in einer Versammlung der dortigen Gasanstaltarbeiter, in Barmen seien die Verhältnisse für die Gasanstaltarbeiter ungünstiger wie in Elberfeld. Herr Ziegler habe an den gemeinsamen Kommissionsberatungen nicht teilgenommen; infolgedessen könne er auch nicht wissen, welche Zuwendungen Barmen seinen Arbeitern gemacht habe. Es komme ihm, Redner, so vor, als wenn Herr Ziegler vor den Arbeitern nur eine Verbeugung gemacht habe, um sich populär zu machen. Redner wünschte noch von Herrn Beigeordneten Schwartner eine Widerlegung der in Arbeiterverammlungen aufgestellten falschen Behauptungen, die in den Verhandlungen mit dem Arbeiterausschuß widerlegt wurden. Herr Beigeordnete Schwartner ging näher darauf ein. So soll einzelnen Arbeitern weniger Lohn gezahlt sein, als ihnen zusteht, was durch die Lohnlisten widerlegt sei. Weitere Beschwerden richteten sich gegen einen Gasmeister, der unter den Arbeitern christliche Kalender vertrieben habe. Das sei ihm unterstellt worden. Die Verwaltung stehe auf dem Standpunkt, daß Politik und Religion auf der Arbeitsstätte nichts zu tun haben; das sei Sache des einzelnen. (Sehr richtig!) Redner verlas dann ein in sämtlichen städtischen Betrieben Barmens und Elberfelds verteiltes Flugblatt agitatorischen Inhalts, worin auch behauptet wird, Barmen und Elberfeld seien in bezug auf soziale Fürsorge für die Arbeiter die rückständigsten Städte. Redner relativierte dann die gemeinsamen Verhandlungen mit Elberfeld, in der die Behauptungen des Flugblattes widerlegt sind. Herr Diez bat kurzlich der Gasanstalt einen Besuch abgestattet. Die Arbeit dort sei nicht nur eine schwere, sondern auch ungesunde, namentlich die der Fenarbeiter, die in der größten Höhe ihre Arbeit verrichten müssten. Er Redner, habe er vor Höhe nicht fertig gebracht, bis hinten an die Lisen zu gelangen, vielerlei zu dabei die Gewöhnheit. An dem betreffenden Raum habe er aber starke Zugluft verspürt, dagegen konnte etwas getan werden. Redner zog schließlich eine Lohn erhöhung auch für die übrigen städtischen Arbeiter an; Unzufriedenheit bestreite besonders unter den Straßenbahnen. Der Herr Oberbürgermeister bezog sich auf die Mitteilung des Herrn Beigeordneten Schwartner, daß eine generelle Reuregelung der Lohnverhältnisse aller städtischen Arbeiter in Vorbereitung sei, und dabei werde auch der Straßenbahnen angestellten gedacht werden. Von den behaupteten Missständen im Lohnwesen in unserer Gasanstalt könne keine Rede sein; die städtischen Arbeiter werden nicht schlechter als die Arbeiter der Privatindustrie bezahlt. Lohnzuwendungen, die sich herausbilden, wird die städtische Verwaltung und die Stadtverordnetenversammlung bereit sein, abzutellen. Die Arbeit in der Höhe sei nur für solche Leute unerträglich, die nicht daran gewöhnt seien. Herr Beigeordnete Schwartner bezifferte die neu vorgeschlagenen Lohn-

aufbesserungen auf jährlich zwischen 12000 und 16000 Pf. Am ganzen werde damit das Gaswerk mit den Lohnverbesserungen und besonderen Zuwendungen seit 1. April 1906 um circa 67000 Mark mehr belastet; in einem Zeitraum von 2 bis 3 Jahren seien also die Löhne zwischen $\frac{1}{4}$ und $\frac{1}{2}$ des Gesamtbetrages gestiegen. Da kann man doch nicht von Dartherzigkeit und Rücksichtnahme sprechen. Herr Gasinspektor Schorrenberg erklärte, die Arbeiter seien an die große Höhe gewöhnt. Neben ihrem Gesundheitszustand könne die Verwaltung nicht klagen, er sei im allgemeinen gut. Die Eisenarbeiter seien teilweise schon seit 20 Jahren dort tätig, und in bezug auf ihren Gesundheitszustand sei kein Unterschied gegenüber den anderen Arbeitern in die Erscheinung getreten. Herr Otto Dahl berichtete, er sei Ende Juli in die Arbeiterversammlung in der „Gesamtkommission“ gegangen und hätte damals den Wunsch gehabt, daß die aufgestellten Behauptungen sofort von der Wasser- und Lichtkommission widerlegt würden. Er habe damals in der Versammlung erklärt, er würde die Beschwerde bei der Verwaltung zur Sprache bringen, und habe auch einen Brief in der Angelegenheit an den Herrn Oberbürgermeister geschrieben. Nach der Auflösung, die er von der Verwaltung erhalten habe, sei er aber im höchsten Grade erstaunt gewesen über die Agitation, die im Laufe des Sommers unter den Arbeitern getrieben worden ist, da ein ernsthafter Grund zu Unzufriedenheit doch tatsächlich nicht vorliegen habe. Wenn er damals, am 28. Juli, schon gewußt, daß Vertreter der Sozialdemokratie die Versammlung leiteten, dann würde er sich nicht länger in der Versammlung aufgehalten haben. Herr Beigeordneter Cremer erklärte, ihm sei nichts davon bekannt, daß unter den städtischen Straßenbahnenangestellten Unzufriedenheit herrsche, und geht näher auf die Dienstverhältnisse derselben ein. Herr Langen meinte, durch die ungünstige Lage der Mittagspause verlängere sich die tatsächliche Dienstdauer von 9 Stunden 10 Min. auf 11, 12 oder 13 Stunden. Herr Beigeordneter Cremer bezweifelte, daß nur $\frac{1}{2}$ oder $\frac{3}{4}$ Stunde oder auch nur 1 Stunde dienstfrei Zeit als Mittagspause übrig bleibe. Herr Beigeordneter Schwartzner knüpfte an die Ausführungen des Herrn Otto Dahl an und erklärte, die Verwaltung könne nicht in die Versammlungen der Arbeiter gehen und sich trotz Widerlegung der falschen Behauptungen, dort niederschließen lassen. Rede und Antwort könne sie nur in der öffentlichen Stadtverordnetenversammlung geben. Herr Gasinspektor Schorrenberg stellte fest, daß die Eisenarbeiter in der achtstündigen Schicht nur $\frac{1}{2}$ Stunden im eigentlichen Dienst sind und davon 4 bis 5 Stunden mit stündlicher Ablösung direkt vor dem Feuer stehen. Der Herr Oberbürgermeister führte in seinen Schlusssworten aus, daß die ganze Form der Agitation unter den Arbeitern auf etwas anderes hinauslaufe, als ihnen Lohnverhöungen zu verschaffen; die Agitation sei im Interesse der Sozialdemokratie, und an einer politischen Agitation, die mit wirtschaftlichen Verhältnissen nichts zu tun habe, könne die Verwaltung sich nicht beteiligen. Die Versammlung beschloß darauf einstimmig die beantragten Lohnverhöungen und bewilligte die zu ihrer Durchführung erforderlichen Mittel.

Der neue Lohntarif wird wie folgt aussehen:

Lohnklasse	Lohn	Lohnsatz pro Schicht	
		bisher	zukünftig
I	Ebermonteure und Vorarbeiter	4,50 - 5,50	4,60 - 5,70
Ia	Öbleute im Ofenhaus der Gasfabrik	4,50 - 5,00	4,60 - 5,20
	Eisenarbeiter der Gasfabrik	3,50 - 4,50	3,90 - 4,70
II	8stünd. Schicht	3,50 - 4,50	3,90 - 4,70
	Stulpe für erste Feuerleute im Ofenhaus 20 J. also		
III	Gelernte Handwerker u. Maschinisten	3,70 - 4,70	4,10 - 4,90
IV	Heizer	4,00 - 4,80	4,10 - 5,00
V	Wasserarbeiter	3,50 - 4,50	4,10 - 4,70
	Ölfabrikarbeiter, Gasarbeiter der Gasfabrik, Erdarbeiter	3,30 - 4,00	3,50 - 4,20

Molleger Schäfer mögl. erwiederte den Herren in einem offenen Briefe. Er erbringt den Beweis, daß Bremen mit seiner über den Schellendorf gelobten Arbeitersfürsorge rechtlich spät auf auf dem Plan erschien. Dem Herrn Oberbürgermeister Voigt und Beigeordneter Schwartzner sagt er folgendes:

Wenn sich nun „trotz allerdem“ eine „weitere Agitation“ besonders unter den Gasarbeitern bemerkbar gemacht haben soll, so sei betont, daß der Gebrauch des Wortes „Agitation“ im Sinne des Herrn Schwartzner ganz und gar nicht angebracht ist. Auch die Neuerung des Herrn Oberbürgermeisters, daß die Form dieser „Agitation“ darauf hinauslaufe, die politischen Interessen der Sozialdemokratie zu fördern, ist eine Unterstellung, die ich ganz entschieden zurückweise. Der Herr Oberbürgermeister als auch die

Herren, die in dieselbe Herbe hauften, sollten einmal die Literatur unseres Verbandes verfolgen, und sie würden finden, daß uns die wirtschaftliche und soziale Hebung der Gemeindearbeiter Selbstzweck im wahren Sinne des Wortes ist. Die Sozialdemokratie bedarf wirtschaftlich nicht einer Lohnbewegung städtischer Gasarbeiter, um Argumente für ihren politischen Kampf zu bekommen. Diese begünstigen schon andere Leute, nicht zuletzt jene Herren, die als Großindustrielle die kommunale Arbeiterspolitik in einer für die Arbeiter unheilvollen Weise beeinflussen, eine Auffassung, die von Angehörigen der verschiedensten Parteien geteilt wird.

Herr Schwartzner bestreitet immer noch, daß die Löhne der Stocher von Elberfeld und Bremen ungleich sind. Wir lassen hier die offizielle Angabe beider Städte folgen:

Elberfeld: Eisenarbeiter, Handwerker, Maschinisten erhalten einen Anfangslohn von 4 Pf., der nach einem halben Jahre auf 4,10 Pf., dann nach je einem Jahre um 10 Pf. bis zu 4,50 Pf. steigt und weiter je 2 Jahre jedesmal um 10 Pf. bis zu 4,80 Pf. Diese Bestimmung, in Vertretung des Oberbürgermeisters vom Beigeordneten Bleßinger unterzeichnet, ist datiert vom 29. 9. 1906.

Bremen: Lohnsatz für die Eisenarbeiter der Gasfabrik bisher 3,50 Pf., vom 10. cr. 3,90 bis 4,70 Pf. Der Lohnsatz ist also auch jetzt noch um 10 Pf. niedriger wie in Elberfeld. Was für die Verarbeitung von je 1000 Kilogramm Kohlen an Löhnen verausgabt wird, kann doch unmöglich für die Arbeiter maßgebend sein. Hier kommen die verschiedenartigen technischen Verhältnisse in den einzelnen Anstalten in Frage. Eder will man sich für die mangelhafte technische Beschaffenheit des Apparates, Werkzeuge usw. an den Arbeitern schadlos halten? . . .

. . . Wenn nun eine Neuordnung der Löhne der Arbeiter in Kraft tritt und von 140 Belegschaften 10 Mann eine Lohnzulage von 10 Pf. pro Tag erhalten, alle anderen aber leer ausgehen, so dürfte es begreiflich erscheinen, daß sich der Arbeiter eine Erregung bemächtigte. Seine „Agitation“, sondern diese von Seiten der Verwaltung vorgenommene Lohnregelung verärgerte die Arbeiter auf, und gerade der Unterordneter als Gauleiter der Organisation war es, der die Arbeiter zur Ruhe und Besonnenheit mahnte. Es sei festgestellt, daß, falls keine Organisation vorhanden gewesen wäre, der Streik unvermeidlich gewesen wäre. Dies mußten auch die Herren der Verwaltung, voran der Herr Oberbürgermeister und der Beigeordnete Schwartzner eingesehen haben. Wenn nun aber in Zukunft das Bestreben der Arbeiter nach Verbesserung ihrer Lage andere Formen annehmen sollte, dann tragen die Herren, die in der letzten Sitzung der Stadtverordneten auf den Gasarbeitern herumpausen und eine Reihe Behauptungen nicht erweisbarer Natur aufstellten, ein vollgerechtes Maß Schuldf daran.

Zum Schlusshiebt es noch: „Die Verhandlungen der Stadtverordnetenversammlung lassen die Annahme zu, als ob sich die Arbeiter der anderen Betriebe nicht um ihre Verhältnisse kümmerten, keine „Agitation“ betrieben hätten. Es sei festgestellt, daß Ende Mai, also eine geraume Zeit vor der Stadtverordnetenversammlung vom 10. September, die Arbeiter der Straßenbahnen, der Außenbetriebe der Gas-, Wasser- und Lichtwerke und der Kanalisation Eingaben um Verbesserungen einreichten, die teilweise noch weiter gingen, als die der Gasarbeiter. Alle diese Eingaben wurden abgelehnt. Wenn nun auch diesen Arbeitern Zugeständnisse gemacht werden, so weniger, um sie zu belohnen, sondern um auch deren Eingaben und Beschwerden in etwas zu achten.“

Da man mit Elberfeld gemeinsame Sache gemacht hatte, mußten sich notgedrungen auch die dortigen Stadtverordneten mit der Lage der städtischen Arbeiter befassen, was ihnen um so leichter wurde, als die Stadtverordnetenwahlen vor der Tür standen, eine Gelegenheit, sein gutes Arbeiterberuf zu öffnen. Am 10. September, also am selben Tage, an dem in Bremen die Verwaltung den neuen Lohnsatz den Stadtverordneten vorlegte, machte man sich an die Arbeit. Allerdings waren nur 17 Stadtverordnete erschienen, währenddem 19 zur Beschlusshälfte gehörten. Oberbürgermeister und war davon nicht erkannt und empfahl daher, wenigstens eine Versprechung der Vorlage des Lohnsatzes für die städtischen Arbeiter. Seine Ansicht ging dahin, daß das den Bestimmungen der Städteordnung nicht widerspreche, da ja auch bisher die Regelung der Löhne der städtischen Arbeiter nur durch Beschluss der Kommissionen erfolgt sei. So wurde vor Beschlusshälfte Hause die Vorlage erörtert. Beigeordneter Bleßinger begründete nun in längeren Darlegungen die Vorlage und die von den städtischen Arbeitern gemachte Eingabe. Er erklärte: Die Lohnsatzabnahme von den bisherigen infolge ab, als der Anfangslohn bestehen bleibt, dann aber eine Steigerung im ersten Jahre um 20 Pf., im zweiten um 15 Pf., im dritten um 10 Pf. eintreten soll. Außerdem wurden noch einige Wünsche ausgesprochen, besonders dahingehend, daß den älteren Arbeitern von fünf zu fünf Jahren eine besondere Erhöhung zugestellt werden sollte. Diese Wünsche sind in den Verhandlungsräten des Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerkes beraten worden und diese empfahl, um eine möglichst gleichmäßige Erhöhung der Löhne für sämtliche Arbeiter zu erzielen, den Wünschen nicht zu entsprechen, weil dadurch ein Teil der Arbeiter keine Erhöhung bekommen würde, sondern den Anfangslohn allgemein um 10 Pf. und den Endlohn um 20 Pf. zu erhöhen. Der Effekt würde sein, daß der städtische Etat um 17 000 bis 18 000 Pf. belastet würde.

Alsdann wandte sich Beigeordneter Blessinger gegen die von gewisser Seite betriebenen Scherzeien, vertheidigte die Behauptung zu entkräften, daß die Arbeiter in den Fragen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse nicht gehört würden. Zu der Behauptung, daß für die Arbeiter nichts getan werde, verwies er auf den Statat, in dem sich allein eine Ausgabe von 20.000 M. für die Witwen- und Waisenversorgung befände und meinte, würde man diesen Posten verschwinden lassen, so entspreche das einer Lohnzulage von 20 Pf. pro Tag. Aus einem Vergleich der Produktionsziffern einiger Jahre rechnete er heraus, daß sich eine Lohnzähmung von 30 Proz. ergebe. Von dem Prämienystem bei den Betreibern des Elektrizitätswerkes will er nicht ablassen, weil dadurch die Arbeiter dressiert würden. Bezuglich der Behauptung, daß im Elektrizitätswerk von 40 Mann im vorigen Jahre allein 31 entlassen worden seien, erklärte er, daß es sich bei diesen Entlassungen zumeist um Güßarbeiter gehandelt habe. 22 Arbeiter seien bereits über drei Jahre dort beschäftigt. Zum Schlus bekräftigte er, daß in Barmen in gleicher Weise die vorgetragene Forderung des Lohnarbitrars in Kraft treten sollte. Nun begann die Diskussion, die der Renominarbeiter des Kartells, Herr Hanwig, eröffnete. Gegenüber den schönen Schilderungen bemerkte er, daß die neue Lohnliste eine wesentliche Aufbesserung der Löhne nicht viete, die Lage der Arbeiter keine rosige sei. Er brachte eine Reihe von Wünschen zum Vortrag, kennzeichnete die Allüren der Meister, das Strafensystem usw. Der Ober sagte eine wohlwollende Untersuchung zu. Der soziale Zuckerdächer Abendroth wünschte für die städtischen Arbeiter einen Arbeitsausschluß, mit dem sich Beigeordneter Blessinger nicht einverstanden erklärte, nur aber nur in dem Sinne, daß der Ausschluß Wünsche und Beschwerden zum Ausdruck zu bringen habe, nicht etwa in dem Sinne, daß er etwa bei der Einstellung und Entlassung von Arbeitern mit spreche und Maßnahmen der Verwaltung trüffelten wolle. So fand die Angelegenheit ihre Erledigung. Die Neuregelung des Lohnarbitrars tritt also nach dem Kommissionenbeschuß in Kraft.

So hätte also das energische Handeln unserer Kollegen immerhin einige Verbesserungen gebracht, in Barmen als auch in Elberfeld. Die widerlichen Begleitercheinungen müssen wir schon in Kauf nehmen, sind wir doch auch sonst nicht gewohnt, mit Lobeshymnen von Seiten der Herren Gewaltigen bedacht zu werden.

Als Schlusstiale lassen wir noch eine Betrachtung der "Freien Presse" folgen: „Da eine Sachfrage geraten sind unsere Stadtverwaltungen in punkto ihrer Arbeitspolitik und versuchen nun, ihren Anger in allerhand Schimpfereien Lust zu machen. Die abgebrachtesten Redensarten müssen herhalten, das Augenmerk von der ganz und gar verpfuschten Arbeit der gemeinsamen Kommission abzulenken. Nunmehr die Behauptung, daß ungemein viel für die städtischen Arbeiter geachtet, besser widerlegt werden als durch die Tatjade, daß die Elberfelder Verwaltung sich genötigt habe, innerhalb eines Jahres decimal an die Regelung der Löhne heranzutreten? Warum hat man nicht gleich fertige Arbeit gemacht? Wenn so erachtet es der Barmen Verwaltung, die durch den Herrn Beigeordneten Schwartau der Ruhm verhindern läßt, wie doch bezügig und entgegenkommend die Wünsche der Arbeiter berücksichtigt worden seien, welche Unzumessen die Arbeitersorge verhüllt — und die dann, veranlaßt durch einen droben Gasarbeiterverein, einen weiteren Pfennig zulegen und für eine sehr gefundene-gefaßende und beschwerte Arbeit — in der Wasseranstalt — den Abstandsdienst gewähren muß. Der offene Brief des Vorsitzenden Schäfer vom Gemeindearbeiterverband zeigt uns zur Genüge, in welch rücksichtige Vohnen sich die Arbeiterspolitik der beiden Städte bewegt. Das ist keine vom sozialen Fortschritt getragene Arbeitersorge mehr, das ist eine vom Interessenstandpunkt unserer Zehnsmacher aus dictierte engherzigie Groschenpolitik.

Wie anders stände es mit der kommunalen Arbeiterspolitik, wenn dem Einstieg der Großindustriellen eine Arbeiterversetzung auf den Rathäusern gegenübergestellt werden könnte, wenn weiter die Arbeitsbedingungen nicht einseitig diffiniert, sondern im Einverstande mit der Arbeiterschaft festgelegt würden. Voransicht hierzu ist eine geschlossene Organisation der städtischen Arbeiter, weiter aber auch eine weitgehende politische Beteiligung derselben, wogu die bevorstehenden Stadtverordnetenwohnen Gelegenheit geben. Städtische Arbeiter von Elberfeld und Barmen! Vah! Euch durch Verlegenheitsworte hoch- und höherstehender Herren nicht die Sinne verirren! Seid auf der Hut! Tut Eure Pflicht!“

Ein neuer Erfolg unserer Breslauer Filiale.

Wie unsere Kollegen wissen, finden alljährlich beim Eintritt der wärmeren Jahreszeit und der damit verbundenen längeren Dauer der Tage in den bisherigen Gasanstalten und Elektrizitätswerken Arbeiterentlassungen größeren Stiles statt. Umgekehrt werden beim Eindringen des Winters bei der Promenadenverwaltung, im Stadt- hofen und im Markthall Arbeiter entlassen. So z. B. die Spenglerfischer, die Parkarbeiter und die Alsforderarbeiter im Hafen. Durch diese Verfahren war es bisher einer großen Zahl der städtischen Arbeiter unmöglich, in den Genuss der magistrativen Wohlhabens- einrichtungen zu kommen. Ja, nicht einmal das Wahlrecht zum

Arbeitsausschluß wurde diesen Arbeitern möglich, da die daran ge- knüpftes ununterbrochene einjährige Beschäftigung bei der Stadt von ihnen nie erreicht werden konnte. Die Betreibungen unserer Breslauer Filiale gingen deshalb nun dahin, einen Arbeitsnachweis für städtische Arbeiter einzuführen, um einen Austausch der in Frage kommenden Arbeiter vorzunehmen. Bedeutet es doch z. B. für die Gasarbeiter eine direkte Verlängerung ihres Lebens, wenn es ihnen möglich gemacht wurde, bei der Frühjahrsentlassung die überaus ungesehne Arbeitsart vor den Glutöfen der Eisenhäuser mit der in den Promenaden und Parks zu vertauschen. Im Jahre 1904 forderte die hiesige Filiale des Gemeindearbeiterverbandes zum ersten Male den erwähnten Arbeitsnachweis. Kollege Mehrlein, damals noch Redakteur der "Wolfswacht", begründete in öffentlichen Versammlungen wie auch in einer Petition an den Magistrat diese Forderung. Der Erfolg aber blieb aus, doch ließen sich unsere Kollegen nicht trüben, und wieder und immer wieder stellten sie ihr Ansuchen an den Magistrat. Dieser Beharrlichkeit ist denn auch schließlich der Erfolg nicht verfangen geblieben, und so lesen wir in Nr. 15 vom 15. September d. J. des "Breslauer Gemeindeblattes" die Erfüllung der Forderung. Der Breslauer Magistrat veröffentlicht folgendes:

„Die Eigenart vieler städtischer Betriebe bringt es mit sich, daß in den eingelagerten Verwaltungen der Bedarf an Arbeitern zu den selben Zeiten ein ganz verschiedener ist. Einige Verwaltungen beschäftigen z. B. im Winter eine weit größere Zahl von Arbeitern als im Sommer, während umgekehrt in anderen Betrieben der Hauptbedarf an Arbeitskräften im Sommer eintritt. Hierdurch richten sich auch die wechselnde Annahme und Entlassung von Arbeitern. Gleichwohl wird es leicht als Härte empfunden, wenn Arbeiter, die sich — womöglich schon längere Zeit — in einem städtischen Betrieb bereits als tüchtig gezeigt haben, nur des Arbeitsmangels wegen entlassen werden müssen.

Um diesen Nebelstand zu mildern, wird für die Entlassung und Annahme städtischer Arbeiter folgendes angeordnet:

Jeder städtische Betrieb hat fortan von der Entlassung eines durchaus erprobten, für die Weiterbeschäftigung im städtischen Dienst geeigneten Arbeiters möglichst lange, jedenfalls aber drei Tage vor der Entlassung, dem städtischen Arbeitsnachwesamt mittels Meldeforte Mitteilung zu machen.

Andererseits hat jede Verwaltung bei Bedarf an Arbeitern zunächst im städtischen Arbeitsnachwesamt nach geeigneten, im städtischen Dienst bereits beschäftigte gewesenen Arbeitern nachzufragen. (Eventuell telefonisch!) Der städtische Arbeitsnachweis prüft nicht, ob die ihm nahebaßt gemachten Arbeiter zur Weiterbeschäftigung in anderen städtischen Betrieben geeignet sind. Dies bleibt vielmehr allein der Verwaltung, welche den Arbeiter einstellen will, überlassen. Rinnit eine Verwaltung einen Arbeiter durch Vermittlung des Arbeitsnachwesos an, so hat sie diesem davon Mitteilung zu machen, behuts Verichtigung des aus den Meldeforten gebildeten Zettellatalogs. Meldungen sind im Generalbüro vorhanden.

Breslau, den 9. September 1907.

Der Magistrat hiesiger lgl. Haupt- und Residenzstadt.“

Soweit die Verfügung. Es wird ja in der Durchführung dieser Maßnahme sicher nicht so glatt gehen und auch hier werden eine Anzahl von Unterbeamten beschäftigt, wie in anderen neulich geschaffenen Rollen, manches illusorisch zu machen. Aber wir sind davon überzeugt, daß unsere Breslauer Kollegen auch mit diesen Herren fertig werden. Denfalls ist auch diese magistratliche Verfügung zu begrenzen und zeigt gerade den noch unorganisierten Gemeindearbeiter, was eine zielbewußte Organisation erreichen kann! Diese jetzt anerkannte Forderung ist von niemand anderem als der Breslauer Verbandsleitung gestellt worden, und es dürfte jetzt eigentlich keinen Breslauer städtischen Arbeiter geben, der uns nicht angehört!

F. R.

Die Münchener Gas-Caternenwärter.

Um die Zeit der Geisterstunde sieht man allmählich Männer mit einer Stange über der Schulter, an deren oberen Ende ein Spitzensämann glänzt, gespensthaft die Straßen der Stadt durchzutun; und wie es früher nicht ratsam war, sich mit den Geistern in einem Disput einzulösen, so sei auch davor gewarnt, etwa von diesen Männern irgend eine Auskunft erhalten zu wollen. So gemütlich der Münchener in allgemeinen und der Vaternwärter — um diese handelt es sich hier — im besonderen ist, in diesem Moment ist er laut Dienstinstanz einfach „unabbar“. Ein abhungsloser Arbeiter, der sich etwa um eine Strafe erlindigen wollte, würde verblüfft auf der Strafe stehen oder auch dem davon-eilenden Richter ganz unerwartet ein Schimpfwort nachsagen, möglicherweise würde sich auch die Zabel „Manitverstan“ in seiner Gedankenwelt breit machen.

Ja, ja. Wenn nach Meinung des Münchener Gasdirektion sich die Seimische der Gasfaktorwächter zu ihren besten Ehegespannen vollzogen bat, was etwa um 12 Uhr nachts geschehen sein könnte, dann müssen die Vaternwärter bereits wieder aus den Federn gefroren sein, um die eine Hälfte der Laternen zu löschten. ☩

gerade darauf das nicht allzu seltene „Torteln“ der Passanten nach 12 Uhr zurückzuführen ist, oder ob andere geheimnisvolle Kräfte dabei ihre Finger im Spiel haben, das zu ergründen, kann füglich nicht im Rahmen dieses Artikels liegen.

Das Auftreten aus der Nachtruhe und der plötzliche Wechsel von der Bettwärme in die angeblichste der Höhenlage in München sehr raube Nachtruhe ist keinesfalls dazu angestan, auf die Gesundheit der Paternenwärter besonders förderlich zu wirken. Um der Unbill der Ritterung besonders im Winter einigermaßen entgegenzuwirken, wäre die betriebsseitige Anschaffung von wasserfesten Wettermänteln sehr angebracht. Somit darf es also nicht Wunder nehmen, wenn stets ein großer Teil der Paternenwärter krank ist; ein Umstand, der die Stadtverwaltung bzw. die Gasdirektion nicht besonders berührt, denn sie erzielt dabei ganz hübsche *Erspartungen*!

So unglaublich das klingt, — es ist aber dennoch so, wie aus folgendem zu erkennen ist: Der Lohn der Münchener Paternenwärter setzt sich zusammen aus 1,60 M. pro Monat und Paternen, deren jeder ungefähr 55 bis 58 zu bedienen hat; hierzu kommt eine Diensthalterzulage von monatlich 4,50 M., die sich von drei zu drei Jahren um den gleichen Betrag erhöht, bis zu 22,50 M. nach 15 Jahren. Erkannt aber nun der Paternenwärter, so wird diese ganze Berechnung über den Haufen geworfen und er erhält dann für jeden Tag, an dem er in diesem Monat Dienst geleistet hat, 3 M. Der Referentenmann, der nun den Dienst weiter zu verfehren hat, erhält täglich nur 2,40 M., so daß die Betriebsleitung selbst dann noch Geld erpart, wenn der Referentenmann das Büchlein der Paternen trifft, wofür er in diesem Falle eigens entschädigt wird. Genauso liegt das Verhältnis bei den Obleuten. Ein Beispiel soll uns dies zeigen. Der Paternenwärter-Obmann erhält nach den Bestimmungen der Arbeitsordnung:

35 Paternen a 1,60 M. und 50 M. Diensthalterzulage = 106,— M. pro Monat
Hierzu werden jedem Obmann noch 3 Paternen zugeteilt = 4,80 —
Summa 110,80 M. pro Monat

Erkannt nun der Obmann, so wird er im Tagelohn mit 3,50 Mark ausbezahlt; sein Vertreter erhält 3,30 M.

Erkannt nun der Obmann & Co. am 15. d. M., so bekommt er selbst 14 × 3,50 M. = 49,— M.
sein Vertreter 16 × 3,30 M. = 52,80 —
zusammen 101,80 M.

so daß in diesem Falle 5 M. gespart werden. Selbst dann, wenn den Stellvertreter das Büchlein der Paternen treffen sollte (er erhält dafür 4 M.), so werden immer noch 5 M. für den Magistrat an der Kanzlei „verdient“.

In Verfolg dieser mehr als umständlichen Kritzelei haben nun die Bureauleiter in der Betriebsleitung des Münchener Gaswerkes irgendwo ein Ungetüm von einer Lohnabelle ausgestülpt, gegen welches die berüchtigte Schlangen geradezu eine liebliche Erziehung sein müßte. Den Paternenwärtern könnte es ja einerlei sein, womit sich die Bureauleiter die Zeit vertreiben, wenn nicht die Sache ein Häufchen hätte. Diese Rubrikshölzer soll angeblich schuld daran sein, daß die Paternenwärter ihr sauer verdientes Geld nicht am 1., sondern erst am 5. eines jeden Monats bekommen.

Eine derartige Mißachtung der Bedürfnisse eines Arbeiters ist denn doch unerhört! Um so mehr, wenn man sich vor Augen hält, daß z. B. die städtischen Beamten schon ab 25. September das Gehalt für Oktober einholen können, während die Paternenwärter erst am 5. Oktober das Geld für September bekommen. Da sich die Paternenwärter bekanntlich nicht aus den Privatiers zu rekrutieren pflegen, so mag sich der Leser sehr ein Bild davon machen, in welch angenehme Situation da mancher Paternenwärter am ersten des Monats kommt, zumal dann, wenn er gar einen Wohnungswchsel verübt.

Gegen diesen Modus der Auszahlung, der erst seit vergangenes Neujahr eingeführt wurde, haben die Paternenwärter ganz entschieden Front gemacht. So wurden von den 170 Münchener Paternenwärtern wohlgeachtete 156 Protestunterschriften eingetragen. Aber wosür dat denn der Magistrat Peante? — Kurzerhand ließ der Herr Beleuchtungsinspектор seine Obleute kommen und hielt diesen eine Standrede, daß es aus diesen und jenen Gründen bei der Auszahlung am 5. des Monats zu verbleiben habe. Eine Aenderung sei in Abrechnung des oben erwähnten Zeitungstums nicht möglich. Das ist ungefähr daselbe, als wenn sich der Herr Beleuchtungsinspектор erst die Füße zusammenbinden würde und wollte sich dann beschweren, daß er sehr schlecht laufen könne! Kurz, drei Obleute mußten durch ihre Unterschrift das Privatissimum des Herrn Inspektors quittieren. Und daraus folgt die Gasdirektion, daß nun damit auch die 157 Protestunterschriften hinfällig waren. Ja, man verfügt sich sogar so weit, auf Grund der Unterschrift dieser drei Obleute im Magistrat den von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachten Anträgen mit der Behauptung gegenüber zu treten, die Paternenwärter seien nunmehr mit der Auszahlung am 5. des Monats einverstanden. Das aber dem nicht so ist, das beweist eine kürzlich von der Direktion des

Gemeindearbeiter-Verbandes unter den Paternenwärtern veranstaltete Statistik, aus der nebst verschiedenem anderen Material hervorgeht, daß die Paternenwärter nach wie vor ihr Geld am 1. des Monats zu erhalten wünschen, und daß es ihnen gar nicht einfallen kann, die Unterschriften der drei Obleute als der Meinung der Paternenwärter entsprechend anzuerkennen oder sich um die schönen Augen der Gasdirektion willen mit den Verhältnissen abzufinden. Vielmehr sind sie der Meinung, wer die Suppe eingebrochen hat, der soll sie auch auslösen.

Die erwähnte Statistik befasste sich unter anderem auch mit den von der Straßenbeleuchtung verhangenen Strafen. Hier wäre vorauszuhören, daß ganz natürlich beim Zünden und Löschchen der Laternen strenge Pünktlichkeit am Platze ist, was von den Paternenwärtern auch anerkannt wird. Es soll auch nicht daran gerüttelt werden, daß zur Aufrechterhaltung der Ordnung gewisse Strafbestimmungen vorhanden sein müssen. Allein, das System, nach weitem in München geprägt wird, ist unter allen Umständen zu verwerfen, und selbst der entigierteste Schafmauer könnte keine drastischeren Maßregeln ergreifen, wie sie hier von der Gasdirektion gehandhabt werden.

Den Münchener Paternenwärtern ist nämlich eine jährliche Gratifikation von 30 M. zugesichert, die streng genommen, eben auch einen Teil des Lohnes bilden. Davor werden nun bei jedem wöchentlichen Verfehlung 5 M. in Abzug gebracht. Wie verhält dieses Geschäft ist, beweist die erwähnte Statistik, nach welcher im Jahre 1906 auf 13 Standplänen allein nicht weniger als 220 Strafzettel ausgeteilt wurden, so daß bei den vorhandenen 19 Standplänen die Zahl von 300 nicht zu hoch begriffen sein dürfte. Das nun ein Paternenwärter im Laufe des Jahres bereits 6 Strafzettel erhalten, so daß also der Betrag von 30 M. verfehlt ist, so kommt die Entlastung, wenn nicht der Vorgesetzte ein paar Zettel „beruhelt“. Wie leicht es möglich ist, daß man im Laufe des Jahres jedesmal verschläft, zumal wenn man um 12 Uhr nachts am Standplatz sein muß, ist ja klar. Nicht so klar aber ist es, daß der Obmann laut seiner Dienstinstanzion den Paternenwärter auch dann zu melden hat, wenn er nicht die vorgeschriebenen zehn Minuten vor Beginn des Dienstes am Standplatz ist. Nebenbei bemerkt, eine ganz besondere Annehmlichkeit, sich im Winter nachts um 12 Uhr bei Sturm und Wind 10 Minuten lang unterstandlos ins Freie hinstellen zu müssen. Wie diese Strafzettel manchmal aussehen (es handelt sich dabei um 5 M.), dafür ein Beispiel:

An

Herrn Paternenwärter X. §.

Sie erhalten hiermit die 1. Strafe, weil Sie nicht zur Anzeige brachten, daß bei Paternen soundsobiel an der Strafe Nummer und Marke verweicht sind.

Am 1907.

Huber.

Man kann aber doch sehr im Zweifel sein, von welchem Zeitpunkt ab eine Marke oder Nummer als verweicht oder noch gut leserlich zu betrachten ist. Derartige Strafen stehen aber auf der Tagesordnung. Will einer der Bestraften reklamieren, so ist es nur schade um die Stiefelohlen, die er damit kaput läuft, denn auch hier heißt es wie bei Pilatus: „Was geschrieben steht, das steht geschrieben.“

Daher früher die Paternenwärter bei Krankheit einen Zuschuß von 20 Pf. bis 1 M., je nach Diensthalter, auf die Dauer von 26 Wochen erhielten, die nun gefallen ist bis auf die 14 Tage Differenz zwischen Lohn und Dienstgeld, das ist auch so eine „Verköstung“, die zu infizieren unsre Stadtverwaltung anscheinend hervorragend tüchtige Kräfte besitzt. Vielleicht ist der Zeitpunkt nicht mehr fern, an welchem auch hier einmal die sprichwörtliche Münchener Gemütllichkeit ihr Ende erreicht hat. Die versteckte Erboring der Gasdirektion, daß man bei einem eventuellen Ausmorn der Paternenwärter die Fernzündung einführen werde, kann uns wenig imponieren, denn die Sache laboriert vorerst noch daran, daß es mit der Funktion dieser Fernzündung immer noch so eine eigene Sache ist. Ist die Fernzündung erst einmal absolut zuverlässig, dann werden die Paternenwärter unter das alte Eisen kommen, ganz gleichgültig, ob sie den unerforstlichen Maßnahmen der Gasdirektion treu ergeben waren, oder ob sie ihre Menschenwürde hochgehalten haben. Mögen sich die Münchener Paternenwärter sehr wohl dessen bewußt bleiben.

G. S.

Die Lage der Görlitzer Magistratsarbeiter

ist eine höchst verbesserungsbedürftige! Das Arbeitsverhältnis läßt so viel als alles zu wünschen übrig. Es muß aber auch gesagt werden, daß die Gleicherlichkeit und Saumeligkeit der Magistratsarbeiter selbst im hohen Maße daran schuld ist. Seit Jahren schon gibt sich ein kleines Häuflein die redlichste Mühe, die Kollegen von der Rücksichtnahme der Organisation, dem gemeinsamen Vorgehen zu überzeugen. Und nicht ganz ohne Erfolg. Aber leider nicht für Görlitz. Ist es gelungen, einen Kollegen aufzulären, ihn der Organisation zuzuführen, dann dauert es nicht lange, und der Neugewonnene schwüttet den Görlitzer Staub von den Pantoffeln und sucht sich anderwärts eine neue bessere Eigenteng. Wir kennen eine Reihe

solcher Kollegen, denen die Verhältnisse in Görlitz nicht behagten und es deshalb vorgenommen, auszuwandern. Aber ein gut Teil Schuld an der Misere tragen auch die kleinlichen Differenzen der Kollegen untereinander. Es fehlt noch so manchem das tiefste Verständnis für die Sache, und nur zu oft verwechselt er seine Person mit der Organisation. Würde so mancher Kollege es verstehen, die Interessen der Bewegung über die seiner eigenen Person zu sehen, viele unliebsame Differenzen würden nicht vorkommen. Bei dieser Uneinigkeit der Kollegen untereinander hat selbstverständlich die Stadtverwaltung leichtes Spiel. So manchem Vor-gelehrten möchte einmal energisch auf die Finger gesloppt werden. Denn, was sich verschiedene dieser Herren an Schikanierung der Arbeiter leisten dürfen, übersteigt alles dagewesene. Schon im vorigen Jahre mussten wir das Verhalten des Werkmeisters Kirchhof von der Gasanstalt einer Kritik unterziehen. Wir mussten konstatieren, daß sich dieser Herr Alturen zugelegt hat, die einem Deputen alle Ehre machen. Leider müssen wir heute noch ein gleiches sagen. Auch jetzt noch beschäftigt sich Herr Kirchhof eines wenig humanen Verhältnisses der Arbeitern gegenüber. Und die Arbeiter sind, weil nicht einig untereinander, ihm gegenüber machtlos. Die Faust in der Tasche zu ballen, hilft nicht. Im Frühjahr dieses Jahres hatten sich die Gasarbeiter erfreulicherweise in größerer Zahl unserer Organisation angeschlossen. Durch eine ganz niedrige Anzahl eines Ständers eines Querlopes jedoch ließen sich eine Anzahl betören, der Organisation wieder den Rücken zu lehnen. Dadurch haben sie nicht nur sich selbst, sondern auch ihre Kollegen schwer geschädigt, und Herr Kirchhof triumphiert! Nun er doch nun wieder seinen Launen die Zügel schicken lassen.

Die neuerrichtete Gasanstalt, deren „mustergültige“ Einrichtungen man nicht genug in die Welt hinausposaunen kann, ist jetzt wiederholt das Ziel verschiedener Exkursionen geworden. So ist sie vom Werkmeisterverein und auch vom Verein „Dampf“ inspiziert worden. Hierbei versteht es Herr Kirchhof, die Arbeit in der Gasanstalt als ein reines Kinderpiel hinzustellen. Zwanzig Minuten, sagt er, arbeiten die Leute und dann haben sie Pausa! Das ereigte selbst bei den uneingeweihten Besuchern Kopfschütteln. Die Arbeiter aber wissen, daß Herr Kirchhof damit etwas sagt, was nicht den Tatsachen entspricht. Nebenbei, was ist der Verein „Dampf“? Angeblich eine ganz neutrale Vereinigung von Maschinisten, Deizien usw. Es geht aber in Görlitz das Gerücht, daß dieser Verein „Dampf“ einer Unternehmerschutztruppe zum Verwechseln ähnlich sieht. Auf diesen Gedanken kann man schon kommen, wenn man die offizielle Protection sieht, die den Mitgliedern dieses Vereins „Dampf“ zuteilt wird. Auch in der Gasanstalt haben wir ein Beispiel davon. Ist da auch ein Maschinist, Mitglied des Vereins „Dampf“. Über seine Fähigkeiten als Maschinist hat dieser eine Probe abgelegt, die man mit der Fensur I nicht bezeichnen kann. Tut aber nichts zur Sache, taugt er nichts als Maschinist, ne, dann paßt er immer noch in das Appartement! Herr Kirchhof hält ja seine schüchternen Füttiche über ihn.

Am übrigen spart man an Arbeitskräften so weit als möglich. Darunter haben die Arbeiter am meisten zu leiden. Zu bedauern sind sie aber eigentlich nicht. Als sie im vorigen Jahre durch das Vorgehen der Organisation ihren Tagelohn um 40 Pf. erhöht bekommen, hatten sie nichts Eiligeres zu tun, als dem Verband den Rücken zu lehnen. Sie brauchten ihn ja nun nicht mehr! O, Ihr Toren!

Nicht besser, eher eine Schattierung schlechter liegen die Verhältnisse bei der Strafenregelung. In diesem Betrieb wird der niedrigste Lohn gezahlt. Der Stundenlohn beträgt 25 und 26 Pf. Die Behandlung, die den Arbeitern zuteilt wird, ist auch nicht gerade eine einwandfreie. Und woran mag das liegen? Einzig und allein daran, daß sich die Kollegen gegenseitig bekämpfen. Solange die Kollegen unter sich nicht einig sind, werden sie sich auch keinen Respekt verschaffen!

Es ist leider kein erfreuliches Bild, das wir hier entrollen. Es war aber mal notwendig, den Görlitzer Magistratsarbeiter zu zeigen, daß sie alle Ursache haben, die jebige Gleichgültigkeit und grenzenlose Furcht abzulegen. Ihnen zu zeigen, daß jeder einzelne sich für den Verband verpflichten muß! Die Zeit von und nach der Arbeitsstelle muß zur Agitation verwendet werden. Die Kollegen müssen sich mehr um gewerkschaftliche Dinge kümmern. Das kann am besten geschehen, wenn sie unser Verbandsorgan „Die Gewerkschaft“ regelmäßig recht aufmerksam lesen. Ist es den Kollegen in anderen Städten möglich gewesen, ihr Arbeitsverhältnis zu verbessern, so muß das auch in Görlitz möglich sein.

Carum Kollegen, frisch ans Werk!

Aus den Stadtparlamenten.

Gmünd. Die bürgerlichen Kollegen beschäftigten sich in ihrer letzten Sitzung mit einer Eingabe des Stadtrathes an den städtischen Gaswerks um Erhöhung ihrer Löhne, Gewährung von Urlaub usw. Es wurde beschlossen, den Gasarbeitern eine Lohnausweiterung von 10 Pf. pro Arbeitsschicht zu gewähren und als Maximallohn 4,30 M. festzulegen. Die Urlaubsverteilung wurde in der Weise geregelt, daß den Gasarbeitern mit einer 3jährigen Dienstzeit

3 Tage, mit 8jähriger Dienstzeit 4 Tage, mit 8jähriger Dienstzeit 5 Tage und bei einer Dienstzeit von 10 Jahren und mehr 6 Tage Urlaub bei voller Lohnzahlung eingeräumt werden.

Bözen. Die Lohnliste für städtische Arbeiter wurde um 3000 M. erhöht.

Werda. Die städtischen Kollegen haben beschlossen, den städtischen Beamten, Bediensteten und Vorarbeitern eine einmalige Teuerungszulage in Höhe von 100 M. für Besitzaristokratie und 50 M. für Unverheiratete zu gewähren.

Aus unserer Bewegung.

Heilbronn. Die am 23. August stattgehabte Versammlung war gut besucht. Kollege Mohs-Berlin referierte über das Thema: „Die Städtegemeinden als Arbeitgeberinnen“. Er verstand es, in klaren, leicht verständlichen Begriffen jedem Kollegen die Wichtigkeit des Themas zu Ohre zu bringen. Reicher Beifall lohnte den Referenten. — Genoss Täbler schilderte in der Diskussion seine Erfahrungen als Mitglied der Wohnungskommission und hob hervor, daß es manchmal traurig anzusehen sei, wie ungeschickt Verhältnisse im Wohnungswesen noch geduldet werden. Er erfuhr die Kollegen, kräftig zu agitieren, daß auch hinter einer eingereichten Petition eine starke Organisation stehe. Gen. Schwickerth ermahnte die Kollegen, auch in den Familien für Ausklärung auf sozialem Gebiet zu sorgen. Kollege Ziegler schilderte noch einige Beispiele und wies auf die letzten Ausführungen hin, die von Seiten einiger Gemeinderäte gemacht worden sind. Es sei ungehörig und falsch, einen städtischen Arbeiter als Halbpitälzer hinzustellen. Auf einer Seite verlangt man Bildung von den Arbeitern und auf der anderen Seite, wenn dieselben ihr Recht wahren wollen, werden sie mit derartigen Worten abgepeist. Daraus erscheinen die Kollegen, wie die krasseste Ausbeutung noch von den Kommunen getrieben wird. Darum ist es an der Zeit, daß alle noch dem Verband stehenden Kollegen sich uns anschließen.

Leipzig. Die städtischen Gasarbeiter nahmen in einer im Saale des „Tivoli“ abgehaltenen öffentlichen Versammlung Stellung zu der vom Rat der Stadt Leipzig erlassenen, bereits gültigen Lohnordnung. Man brachte dabei zum Ausdruck, daß während früher dem Gedanken: „für gleiche Arbeit gleiche Vergütung“ gehuldigt worden sei, man sich in neuerer Zeit von diesem Standpunkt immer mehr entferne. Die Regulierung bringe ebenfalls nur wenigen eine, allerdings auch nur minimale Zulage an Lohn, während der größere Teil der Arbeiter, insbesondere die jüngeren, die doch ihren Strang ebenso gut ziehen müssen, wie die älteren, vollständig leer dabei ausgingen. Auch hätte man sich, was die Erläuterung zur Lohnordnung betrifft, etwas deutlicher ausdrücken sollen. Im übrigen bringe die jetzige Lohnordnung nur noch mehr Zwietracht unter die Arbeiter. Nach lebhafter Diskussion, wobei die Frage in Fluss gebracht wird, daß bei der Behandlungsweise des Arbeiterausschusses von der Verwaltung man es sich für die Zukunft vorbehalten müsse, ob der Weg durch diese Institution noch gangbar sei, wurde eine Resolution angenommen, worin der Rat um schmunzige Antwort auf die leichten Eingaben erfuhr und der Arbeiterausschuß beauftragt wird, das Resultat in öffentlicher Versammlung bekannt zu geben. Sobann wurden Anträge über das unzureichende Wasser im Bade zur Sprache gebracht, das mit Kondensablauf und Rostgebäude den hygienischen Anforderungen nicht entspricht. Der Arbeiterausschuß wurde beauftragt, um Beschaffung eventuell Verwendung von reinem Leitungswasser vorstellig zu werden. Mit einem Appell, treu zur Organisation zu halten, sandt die gut besuchte Versammlung ihren Abschluß.

Leipzig. In der am 13. September im Volkshause abgehaltenen gut besuchten Versammlung hielt Kollege Schuchardt einen Vortrag über das Thema: „Die städtischen Arbeiter im Klassenkampfe“. An den Vortrag schloß sich eine rege Diskussion. — Unter „Gewerkschaftlichem“ gab Kollege Schuchardt Bericht vom Sommerfest. Ein Antrag, auch in diesem Jahre eine Statistik auszuarbeiten, „wer von den Mitgliedern Leser der „Leipziger Volkszeitung“ und wie politisch organisiert ist“, fand einstimmige Annahme. Ein weiterer Antrag, „den Unterlassierern für ihre Tätigkeit 10 Proz. statt wie bisher 8 Proz. zu gewähren“, wurde bis auf weiteres vertagt. Zum Schluß wurde folgender Antrag einstimmig angenommen: „Die heutige Versammlung beauftragt die gesamten Arbeiterausschüsse, dahin zu wirken, daß den Arbeitern bei Ausübung ihres Koalitionsrechtes keine Schwierigkeiten bereitet werden. Sie sollen dahin arbeiten, daß dem Verteilen von Einladungen zu unseren Versammlungen nichts in den Weg gelegt wird.“

Leipzig. Die städtischen Vateren gewaltig hatten sich am Sonntag, den 15. d. R., im Volkshause versammelt, um zu der neuen Lohnordnung und einigen in Dienste zutage getretenen Missständen Stellung zu nehmen. Zu der Lohnforderung wurde ausgeführt, daß das Entgegucken des Rates durch die Neuordnung wohl anzuerkennen wäre, angeichts der teureren Lebensverhältnisse aber, die sich von Tag zu Tag noch höher gestalten, daß Gebotene doch höchst unzulänglich wirke, da andererseits auch die

Anforderungen im Dienst sich ständig steigern. Es wird sodann speziell die Bezahlung für das Frühstück im Winter mit 50 Pf. als ungenügend bezeichnet und 1 Ml. dafür gefordert. Ebenso werden die ungenügenden Bezahlungen zur Aufbewahrung der Kleidung auf den Wachen bemängelt sowie des weiteren die jetzt im Dienste verwendeten Bälterine als unpraktisch bezeichnet, da infolge ihrer Kürze das Bälter auf Anien und Gürtel sich ergiebt, der Gesundheit aber dadurch mehr Schaden zugefügt werde als ohne dieselben. Zur besseren und bequemeren Handhabung sollen Ärmel daran angebracht werden. Dem Arbeiteraustausch wird aufgegeben, das Gewünschte und Geeignete dem Käte durch eine Sitzung zur Kenntnisnahme zu unterbreiten, wobei ihm noch ein Antrag mit auf den Weg gegeben wird, dorthin zu wirken, daß das Verteilen von Einladungsschreiben zu Versammlungen usw. innerhalb des Betriebes genehmigt werde. Die Versammlung schließt sodann mit einem Appell für die Organisation.

Mainz. Am 29. August referierte Kollege H. Bürger-Hamburg in einer öffentlichen Versammlung der städtischen Arbeiter über den „Internationalen Arbeiterkongress und die erste Internationale Gemeindearbeiterkonferenz in Stuttgart“. Der Referent entledigte sich seiner Aufgabe in 1½ stündigen glänzenden Ausführungen und erntete reisende Beifall. Es folgte eine rege Diskussion, worauf folgende vom Vorstehenden verlesene Resolution einstimmig Annahme fand: „Die heute, am 29. August im „Goldenem Pflug“ tagende, gut besuchte öffentliche Versammlung der städtischen Arbeiter, erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und bedauert tief, daß die Resolution der Mehrheitsdelegation in bezug auf die Kolonialpolitik nicht zur Annahme gelangte. Ebenso bedauert sie, daß nur eine kleine Mehrheit der deutschen Delegation diese Abstimmung provozierte.“ Zwei Versammlungen mit den Straßenbahnen hatten gute Erfolge. Kollege Marolle sprach in der ersten Versammlung über „Zweck und Augen der Organisation“, und Genosse Adelung, Landtagsabgeordneter und Stadtrat, in der zweiten Versammlung über das gleiche Thema unter Bezugnahme auf die kommunalen Betriebe. Genosse Adelung legte in flaren, fadlichen Ausführungen die Verhältnisse in den kommunalen Verwaltungen dar, und kommt zu der Aufforderung, daß die städtischen Arbeiter sich auch alle ebenso organisieren müßten, wie die Arbeiter in der Privatindustrie. — Zum Schluß noch etwas Christliches! Nachdem unsere Einladungsschreiben Mitwoch, den 4. September, zur Ausstellung gelangten, erfolgte von Seiten der ultramontanen Quertrichter Freitag, den 6. September, eine Einladung auf denselben Abend, wo unsere Versammlung schon einberufen war, um 8 oder 11 Uhr in das frühere Lokal, wo der Volksverein seine Versammlung abhielt. Sie hatten sich dazu einen früheren Straßenbahner aus Mönch verabschiedet. Aber die Mainzer Kollegen haben die richtige Antwort gegeben, sie haben jenen Herrn im Lokale allein lassen lassen. Mein einziger war bei ihm erschienen. Nachdem unser Gauleiter Kollege Marolle und Genosse Adelung dies Gebaren richtig beleuchtet hatten, traten zahlreiche Kollegen unserer Verbände bei. Nachdem der Vorstehende die Kollegen ermahnt hatte, dafür einzutreten, daß auch der letzte Mann zur Organisation gehöre, wurde nach kurzer Diskussion die imposante Versammlung geschlossen.

Rundschau.

Polizeitechnischer Schaffinn. Unsere Hamburger Filiale hatte in einem Gesellschaftshaus einen Unterhaltungsaabend veranstaltet, an dem die „Neue Freie Volksbühne“ das Revolutionsdrama „Am Vorabend“ von Leo Kampf aufführen sollte. Dann sollte ein Tanzkonzert folgen. Die Veranstaltung war nur für die Mitglieder des Verbandes und deren nächsten Angehörigen bestimmt. Am Tage vor der Aufführung wurde der Verbandsvorsteher, Kollege Schönberg, und der Vorsitzende nach dem Stadthaus gerufen, wo ihnen der Rat der Polizeibehörde mitteilte, daß die Behörde die Veranstaltung aus folgenden Gründen untersage: Der Verein zähle über 1000 Mitglieder; dieser großen Zahl wegen könne er aber „im polizeitechnischen Sinne“ nicht mehr als Verein angesehen werden. Der Verein sei also kein Verein, und infolgedessen seien seine Vergnügungen öffentliche Veranstaltungen, die der polizeilichen Erlaubnis bedürfen. Diese polizeiliche Erlaubnis werde aber verweigert. In Hamburg besteht keine Theaterzensur. Aber, wie man sieht, weiß sich die Polizei zu helfen!

Zollzahnpflege. Von Sozialhygienikern wird seit langem darauf hingewiesen, eine wie bedeutende Rolle die Zahnpflege für den Gesundheitszustand des einzelnen spielt. Die sehr wichtige sozialpolitische Seite dieser Frage findet jedoch trotzdem noch immer ein sehr geringes Verständnis. Die Versicherungsanstalten wissen ein Lied davon zu singen. Einstlichlich der Fälle, in denen Verlebungen oder besondere Erkrankungen Behandlung oder Erfahrt des Gebisses nötig machen, werden in Berlin allein mehr als 100.000 Ml. im Jahre seitens der Arbeiterversicherung für diesen Zweck aufgewendet, ein Umstand, der dazu geführt hat,

die Errichtung einer besonderen Anstalt für Zahnpflege usw. für die nächste Zeit in Aussicht zu nehmen. Ebenso wie für den allgemeinen gesundheitlichen Schutz der Arbeiter, überhaupt der minderbemittelten Volkschichten gehörigt wird, muß daher auch der Zahnpflege die öffentliche Aufmerksamkeit in höherem Maße gewidmet werden, als das zurzeit geschieht. Eine Reihe von Gemeinden haben sich zu der Anstellung von Schulzahnärzten entschlossen. Wie nötig das ist, beweist der Umstand, daß z. B. von den 733 im verflossenen Schuljahr zu Wilmersdorf bei Berlin eingeholten Kindern nicht weniger als 40%, gleich mehr als 5 Prozent, schadhafte Zähne hatten. Ein einheitliches Vorgehen nach dieser Richtung ist jedoch leider noch nicht zu Stande gekommen und die Anstellung von Schulzahnärzten seitens des Staates ist ein immer noch unerfüllter Wunsch. Um so nötiger ist es, daß die Kommunen sich der Sache annehmen und Maßnahmen einrichten, welche den minderbemittelten bei unentgeltlicher Behandlung zur Verfügung stehen.

Verbandstell.

Bekanntmachungen des Verbands-Vorstandes.

Bezugnehmend auf unsere Bekanntmachung in Nr. 37 der „Gewerkschaft“ verweisen wir heute nur kurz darauf, daß mit dem 1. Oktober d. J. für alle Mitglieder neue Mitgliedsbücher zur Ausgabe gelangen und in diesen wiederum nur neue Marken gestellt werden. Ebe der Umtausch der Bücher erfolgt, muß das alte Buch in der Weise in Ordnung gebracht sein, daß bis zur 39. Woche Marken gestellt sind. Weitere Informationen sowie die neuen Bücher, Marken und Mitgliedskarten (Mitgliederverzeichnis) sind den Filialleitungen zugänglich.

Da mit dem 1. Oktober d. J. die Gewerkschaftsunterstützung in Kraft tritt, so sei daran erinnert, daß sich kranke und arbeitslose Mitglieder bei ihrer Filialleitung zu melden haben. Die näheren Bestimmungen und Materialien sind den Filialleitungen bereits zugegangen. An der „Gewerkschaft“ kommen wir hierauf noch näher zu sprechen.

Wie für das Jahr 1907, so werden wir auch für 1908 wieder einen Rotistkalender für Gemeinde- und Staatsarbeiter herausgeben. Derselbe erscheint diesmal noch umfangreicher wie im Vorjahr und kostet daher 50 Pf. Zur Ausgabe gelangt er auf Anfang Dezember d. J. Bestellungen erbitten wir an die Filialleitungen.

Das Protokoll der Internationalen Konferenz der Arbeiter öffentlicher Betriebe kommt in etwa 11 Tagen zur Ausgabe. Der Preis wird je nach dem Umfang der Ausgabe 20 bis 30 Pf. betragen. Auch hier erbitten wir, Bestellungen schenken an die Filialleitungen geben zu lassen. Die Wichtigkeit der Verhandlungen für alle Mitglieder sichert dem Protokoll hoffentlich einen guten Absatz.

Für den Verbandsvorstand
Albin Rohs.

Totenliste des Verbandes.

Christian Kärcher, Stuttgart | **Richard Herda, Berlin**
† 8. September 1907 im Alter | † 12. September 1907 im Alter
von 44 Jahren. | von 35 Jahren.

Heinrich Abelmann, Ludwigshafen a. Rh.
† 18. September 1907 im Alter von 58 Jahren.
Ihre ihrem Andenken!

Filiale Lübeck.

Freitag, den 4. Oktober 1907, abends 8½ Uhr:

Mitgliederversammlung

im Vereinshause, Johannisstraße 50–52.

Tagesordnung:

1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Berichterstattung von der Internationalen Gemeindearbeiter-Konferenz. Referent: Kollege Bürger-Hamburg.

Mitgliedskarten sind vorzuzeigen. Der Vorstand.